



Pressemitteilung, Berlin, 27.01.2023

Ein Jahr BuT-Beratung - für mehr Chancengleichheit

Bessere Chancen für Kinder und junge Menschen – eine unabhängige Berliner Beratungsstelle arbeitet seit genau einem Jahr daran. Im stetigen Kampf gegen Kinderarmut und mangelhafte Familienförderung.

Berlin, 27.1.2023. Die Zahlen sind alarmierend: Jedes fünfte Kind in Deutschland war im Jahr 2021, laut eines Berichts der Bundesregierung von Armut bedroht. Tendenz steigend. Woran das unter anderem liegt: die Kinder- und Familienförderung in Deutschland beinhaltet zwar zahlreiche Leistungen, ist aber kaum wirksam und an vielen Stellen wenig sinnvoll. Besser verdienende Familien erhalten mehr Unterstützung als solche mit mittleren oder niedrigen Einkommen und die Kinderregelsätze für Hartz IV-EmpfängerInnen sind zu niedrig, um Ausgaben, die für die Entwicklung junger Menschen wichtig sind, ausreichend zu decken. Einzelne Leistungen wie der Kinderzuschlag oder Hilfen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) kommen bei vielen Familien, die Anspruch darauf haben, gar nicht an. Deutschlandweit werden die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket von weniger als 30 Prozent der Anspruchsberechtigten abgerufen; in einzelnen Kommunen sind es unter zehn Prozent.

“Das war einer der Gründe, warum wir die BuT-Beratung gegründet haben. Zu sehen, dass der Staat zwar Hilfen bietet, die aber nicht dort landen, wo sie dringend gebraucht werden, ist ein nicht tragbarer Zustand, den wir ändern wollen”, so Julius Bertram, Gründer der BuT-Beratung. “Was dahinter steckt: hochbürokratische Strukturen und ein Antragsdschungel, der für viele Menschen – vor allem solche, die sich ohnehin in prekären Lebenslagen befinden, einen niedrigeren Bildungsstand haben oder keine deutschen Muttersprachler sind – undurchdringbar ist.”

Eine unabhängige Beratungsstelle als Antwort auf die Missstände

Seit Januar 2022 versucht die BuT-Beratung (but-beratung.de) deshalb, das Versäumnis der Bundesregierung auszugleichen und dafür zu sorgen, dass mehr Familien die Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten, die besonders in diesen Zeiten einen neuen Stellenwert erhalten. Über die Kampagne “Gerechte

Bildung" (gerechtebildung.de) hat das Team um Bertram die Missstände und Zahlen aufgezeigt und konnte so Stiftungen und schließlich auch PolitikerInnen für die Förderung und Finanzierung einer unabhängigen, gemeinnützigen Beratungsstelle gewinnen. Ein Beratungsteam wurde zusammengestellt und geschult, Fragen zu den BuT-Leistungen in einfacher Sprache und nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Arabisch, Englisch, Russisch und Türkisch zu beantworten. Mehrsprachige Werbemittel, Social Media Kanäle und eine barrierearme Webseite sind entstanden, sowie eine Strategie, die Zielgruppe möglichst einfach und schnell mit Informationen zu versorgen.

Nach einem Jahr BuT-Beratung ist klar: der Aufwand war notwendig und lohnenswert. Das Team der BuT-Beratung hat im Jahr 2022 fast 3.000 Gespräche geführt. Davon 544 Gespräche auf Arabisch, 386 auf Russisch und 286 auf Türkisch. Mehr als 3.300 Kinder, hauptsächlich aus Berlin, konnten so erreicht werden. Was die Rückmeldung in den Beratungs-Telefonaten zeigt: die Anrufenden sind froh über eine nahbare und schwellenarme Lösung. „Die Familien schätzen es sehr, dass sie auf unserer Webseite übersichtliche Infos finden, und mit unseren BeraterInnen gegebenenfalls in ihrer Muttersprache sprechen können“, berichtet Olivia Kaut, Leiterin der BuT-Beratung. „Und dass das Beratungsgespräch zügig und per Telefon stattfinden kann – sie brauchen keinen Vor-Ort-Termin im Voraus buchen oder lange Fahrtzeiten einplanen.“

Viele kannten das BuT nicht, wussten nicht, dass sie Anspruch auf die Zusatzleistungen haben, bevor sie auf die BuT-Beratung gestoßen sind – oder waren eingeschüchtert und demotiviert von komplizierten, schwer verständlichen Strukturen. Ämter und Leistungsstellen, Informationsflyer, Webseiten und Antragsformulare sind nach wie vor häufig von komplexem Bürokratendeutsch geprägt. Mehrsprachige Angebote gibt es kaum. Die Bilanz des Gründers: „Wir haben Wege gefunden, Familien zu erreichen, Aufklärungsarbeit zu leisten und Barrieren abzubauen und werden das stetig weiter ausbauen“, so Bertram. „Allerdings bekämpfen wir hier lediglich die Symptome eines nicht gut funktionierenden Systems. Tatsächlich muss sich grundlegend etwas ändern.“

Die Kindergrundsicherung als Optimallösung?

Inzwischen sind die Themen Familienförderung und Kinderarmut auch in den politischen Reihen weiterhin präsent, geschehen ist aber nicht viel. Angesichts des Ukraine-Kriegs und der steigenden Preise warnten im vergangenen Jahr PolitikerInnen wie Familienministerin Lisa Paus oder Linke-Fraktionschef Dietmar Bartsch vor einer weiter anwachsenden Kinderarmut. Man ist alarmiert und besorgt. Was daraus entstanden ist, sind Pläne für eine neue Art des Familienleistungsausgleichs für Kinder: die Kindergrundsicherung. „Eigentlich eine gute Idee – es könnte durchaus helfen, das Wirrwarr an unterschiedlichen Leistungen in eine einzige zu übertragen“, so Bertram. Mit der neuen Lösung sollen im besten Fall die Kinderregelsätze, der Kinderzuschlag, das Kindergeld, die Kinderfreibeträge und das Bildungs- und Teilhabepaket in der Kindergrundsicherung

aufgehen. „Es ist allerdings zu befürchten, dass hier ähnlich chaotische Diskussionen und Entwicklungen stattfinden wie beim Thema Bürgergeld – und dass die Einführung der neuen Lösung noch recht weit entfernt ist“, so Bertram. „Zudem ist fraglich, ob das Problem der Kinderarmut sich allein dadurch angehen lässt. Solange nicht gleichzeitig an der Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft und der Verbesserung der Lebenslage der Eltern gearbeitet wird, ist die Kindergrundsicherung zwar ein Anfang, aber noch lange nicht die Lösung. Es braucht definitiv mehr als das.“

Gesprochen wird über die Kindergrundsicherung bereits seit 2009, als dazu ein Bündnis aus zahlreichen Verbänden, Trägern und Organisationen entstanden ist, das erstmals eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung forderte.

Dass die BuT-Beratung in Kürze obsolet werden könnte, ist für Bertram kein Thema. Das Ziel, wovon das Team mit der Kampagne „Gerechte Bildung“ ausgegangen ist, war eine Änderung der bestehenden Strukturen – Chancengleichheit und eine faire, sinnhafte und nahbare Familienförderung. „Wenn wir tatsächlich nicht mehr gebraucht würden, wäre unser Ziel erreicht. Davon ist aber noch lange nicht auszugehen. Bis dahin würden wir es begrüßen, wenn die Regierung sich mehr darum bemühen würde, dass die bestehenden Hilfen bei den Familien ankommen“, so Bertram. „Es gilt, jetzt aktiv an den Schwachstellen zu arbeiten, um vor allem jungen Menschen gerade in diesen schwierigen Zeiten das Maximum an möglicher Unterstützung zugänglich zu machen. Gerne gemeinsam mit uns.“

Familien in ganz Deutschland erreichen: ein langer Weg

Im ersten Jahr fand die telefonische Beratung ausschließlich für Familien in Berlin, Köln, Dortmund, Essen und Duisburg statt. In diesem Jahr werden zahlreiche weitere folgen – sobald die Finanzierung gesichert ist. Schon im Februar geht es mit Jena, Erfurt und Hannover als neue Standorte los. „Für Interessierte aus noch nicht finanzierten Städten stehen auf unserer Webseite übersichtliche Informationen in allen Beratungssprachen zur Verfügung und wir weisen sie natürlich nicht ab, sondern helfen ihnen, lokale Hilfsangebote zu finden“, so Kaut. „Es ist eine große Aufgabe, die Beratung für ganz Deutschland neu aufzubauen und zukünftig zu leisten – zumal die Beantragung der einzelnen BuT-Leistungen nicht bundesweit gleich funktioniert.“ Die jeweiligen – ohnehin sehr komplizierten – Anträge und Voraussetzungen sind Sache der Kommunen, es gibt keine bundeseinheitlichen Regeln und Formulare. So stehen auch immer wieder neue, kleinteilige Aufgaben für jeden neuen Ort an, wie erneute Schulungen der BeraterInnen, die Aufbereitung der Informationsmaterialien und das Sammeln der Nachweise für die einzelnen FörderpartnerInnen. „Das erste Jahr hat aber gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, das bundesweit zu schaffen. Bis dahin zählt für uns jede einzelne Person, die wir unterstützen können.“

Über das BuT

Das BuT ist eine zusätzliche finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für junge Menschen bis 25 Jahre, die seit 2011 existiert. Unterstützt und gefördert werden Kinder und Jugendliche aus Familien, die Sozialleistungen erhalten (ALG II / Hartz IV, Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld, Kinderzuschlag, Leistungen nach dem AsylbLG). Ziel ist es, Familien mit geringem Einkommen zu stärken sowie Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehr Möglichkeiten zu geben, an Angeboten teilzunehmen.

Wie kann man sich beraten lassen?

- das Kontaktformular auf der Website www.but-beratung.de ausfüllen und auf Rückruf warten
- direkt anrufen unter 030 - 5771 3004 0 von Mo.-Fr. 9-15 Uhr (Deutsch, Russisch, Englisch, Türkisch und Arabisch)
- eine E-Mail schreiben an info@but-beratung.de
- an einer Zoom-Infoveranstaltung teilnehmen, Montag und Mittwoch um 12 Uhr auf Deutsch, Mittwoch um 12.30 Uhr auf Türkisch, und Montag um 12.30 Uhr auf Russisch

Weitere Infos:

www.but-beratung.de

www.gerechthebildung.de

Pressekontakt BuT-Beratung:

Sarah Seeliger, 0176 320 51 796, sarah@librileo.de

Valérie Hasenmayer, 0176 611 63 404, valerie@librileo.de

Librileo gUG, Kantstr. 75, 10627 Berlin

www.but-beratung.de/presse